

Volk in Bewegung intern

Liebe Leser!

Erfolgreich hat man das Wort „Krieg“ aus unserem Denken entfernt. Dafür werden Begriffe wie „friedensschaffende Maßnahme“ oder „internationale Intervention“ verwendet. Dennoch tobt ein permanenter Krieg um uns herum und erinnert uns daran, daß wir für unsere Zukunft kämpfen müssen. Ein Währungs- und Wirtschaftskrieg zwingt einst souveräne Nationen in die Tributpflicht und junge Menschen zur Auswanderung. Ein Propagandakrieg verdreht die Begriffe und zwingt das Volk in eine permanente Ausnahmesituation, in dem die allmähliche Einschränkung der Freiheit nicht mehr auffällt. In Dresden konnte am 13. Februar wiederum eine Facette dieses Krieges beobachtet werden. Der 1954 in Chemnitz geborene Polizeipräsident lädt Schlägerbanden förmlich zur Blockade ein und kooperiert mit Rechtsbrechern. Die Oberbürgermeisterin verkündet, „daß es in der Gesellschaft keinerlei rechtes Gedankengut mehr geben darf“ und verharmlost den alliierten Bombenterror von 1945 in einer würdelosen Veranstaltung auf dem Heidefriedhof. Als dort ein Mann ein Blatt hochhält, mit dem er gegen diese Art des Gedenkens protestiert, wird er von Polizeischlägern zu Boden gerissen und verhaftet. Anderntags wird eine „Menschenkette gegen rechts“ von der Systempresse mit Hilfe manipulierter Bilder auf 10.000 Teilnehmer hochgelogen.

Der Beitrag „Europa-Vision“ in der Ausgabe 6/2012 hat kritische Leserreaktionen hervorgerufen. Deshalb sei hier darauf hingewiesen, daß es sich um Visionen handelt, die weit in die europäische Geschichte zurückgreifen und heute keine realen Bezug mehr haben. Die Priorität hat heute der Überlebenskampf im Würgegriff der Hochfinanz.

Zur Erinnerung die weiteren Schwerpunktthemen dieses Jahres:

Heft 2 (April) : Wirtschaftskrieg

Heft 3/4 (Juli) : Psychokrieg

Heft 5 (September): Bauernkrieg

Heft 6 (Dezember): Bildung/Erziehung

Staatsverbrechen (I)

„NSU“: Vom Geheimdienst- zum Justizskandal

Roland Wuttke

Im Frühjahr beginnt in München der sogenannte NSU-Prozeß. Dieser Prozeß wird die Serie unrühmlicher Machenschaften in der bayerischen Justiz fortsetzen. Das Gericht hat offenbar lediglich die langjährigen Haftstrafen zu liefern, die der Vorverurteilung durch die Medien entsprechen.

Manfred Götzl, der Vorsitzende Richter der 6. Strafkammer des OLG München hat alle Voraussetzungen, den Prozeß entsprechend der gewünschten Vorgaben zu führen. Mit der Verurteilung des Wehrmachtsoffiziers Josef Scheungraber hat Götzl seine Reifeprüfung abgelegt. Dort ging es nicht um einen konkreten Tatnachweis, sondern allein die Zugehörigkeit zur Deutschen Wehrmacht war ausschlaggebend. Auch im NSU-Prozeß geht es eigentlich nur noch darum, ein korrektes Verfahren vorzutäuschen und die Angeklagten zu möglichst langjährigen Haftstrafen zu verurteilen, sowie deren Existenz durch hohe Anwalts- und Gerichtskosten zu vernichten. Hierzu wird man wieder die „kriminelle Vereinigung“ heranziehen, die sich mit minimalen Indizien immer konstruieren läßt. Gefällige Aussagen liefern Randfiguren und Mitangeklagte, denen man dafür milde Strafen in Aussicht stellt. Der Prozeß soll sich über zwei Jahre hinziehen.

Was gilt da noch der Eid des Richters: „Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.“ Dieser Prozeß wird erneut die ganze Erbärmlichkeit des sogenannten Rechtsstaates ausbreiten. Inzwischen weiß jeder denkfähige Mensch, daß es auf der politischen Ebene in der BRD

eigentlich keine Gewaltenteilung mehr gibt. Es spricht vieles dafür, daß die vernichteten VS- und MAD-Unterlagen eine Entlastung der „Zwickauer Zelle“ beinhalten. Auch die blamable Zurückhaltung des VS erklärt sich ganz offensichtlich daraus, daß die Herrschaften nichts Entlastendes sagen dürfen. Sie müssen den Spott und die Häme ertragen, weil sie nicht sagen dürfen: Die rechte Szene in Thüringen und auch das „Zwickauer Trio“ stand die ganze Zeit unter unserer Kontrolle und sie waren nicht die Mörder, für die man sie heute hält.

So sagte der Jurist Rolf Gössner, Vizepräsident der linken „Internationalen Liga für Menschenrechte“ in seinem Interview mit Telepolis am 27.11.2012 (<http://www.heise.de/tp/artikel/38/38063/1.html>):

„Bei den etwa 40 V-Leuten im Thüringer Heimatschutz (THS) – von insgesamt 140 bis 170 THS-Mitgliedern – handelte es sich im Übrigen nicht nur um V-Leute des Verfassungsschutzes; denn auch andere Geheimdienste wie der Militärische Abschirmdienst MAD waren dort in Gestalt von V-Leuten und geheimen Informanten vertreten. Um so interessanter ist nun die Tatsache, daß sich aus diesem geheimdienstlich unterwanderten THS heraus eine so gefährliche rechte Terrorgruppe, wie sie offiziell im NSU gesehen wird, entwickeln konnte – und zwar just unter den Augen der zahlreichen Geheimdienst-Zuträger und ihrer Auftraggeber. Kaum zu glauben, daß denen all dies verborgen geblieben sein soll.“

In der Ausgabe 45/12 vom 5.11.12 schreibt der „Spiegel“-Redakteur Sven Röbel: „Mehr als 100.000 Seiten vertraulicher Akten liegen den Ausschüssen vor. Und je mehr Geheimnisse ans Licht kommen, um so deutlicher wird, wie weitgehend die Nachrichtendienste

die rechtsextreme Szene unterwandert hatten. Das Neonazi-Trio war umstellt von V-Leuten des Verfassungsschutzes, Kai D. war nur einer von vielen. Doch die Behörden hatten trotzdem keine Ahnung, was sich im braunen Untergrund zusammenbraute. Das V-Mann-System hatte versagt.“ Sven Röbel scheint allerdings unter einer Art Bewußtseinspaltung zu leiden: Einerseits erkennt er durchaus die Ungereimtheiten des NSU-Märchens, andererseits tischt er im gleichen Artikel kritiklos die Lüge auf, wonach Martin Wiese 2004 wegen eines versuchten Bombenanschlags auf eine Synagogen-Baustelle verurteilt worden wäre. Tatsächlich wurde dieser Anklagepunkt fallen gelassen, da er nicht beweisbar war und mit dem konstruierten Tatbestand der „kriminellen Vereinigung“ ebendiese 6. Strafkammer des OLG München eine langjährige Haftstrafe liefern konnte. Röbel weiß dies, doch er hat als Propagandist der Hochfinanz zu funktionieren.

Am 13. Januar berichtete der „Spiegel“ über eine erneute „Panne“: „Die V-Mann-Affäre um den mutmaßlichen Unterstützer der rechten Terrorgruppe NSU, Thomas S. kann möglicherweise nie ganz aufgeklärt werden. S. hatte mehr als zehn Jahre lang als "Vertrauensperson" (VP) für das Berliner Landeskriminalamt gearbeitet und soll den Beamten bereits 2002 Hinweise auf den Verbleib der drei NSU-Mitglieder gegeben haben. Offenbar sind wichtige Unterlagen über S. Tätigkeit spurlos verschwunden.“ Es spricht einiges dafür, daß entlastende Unterlagen gezielt entfernt wurden, um die erfundene Geschichte des „Nationalsozialistischen Untergrund“ nicht zu gefährden.

Ob der Prozeß in München zur Posse wird, entscheidet sich an der Behandlung folgender Fragen:

- Wird das Gericht wenigstens ansatzweise versuchen, die Morde an den ausländischen Opfern und an der Polizistin M. Kiesewetter aufzuklären?
- Versucht das Gericht den Hinweisen auf eine andere - als die vorgegebene - Tatbeteiligung nachzugehen?
- Versucht das Gericht wenigstens ansatzweise die Tatbeteiligung der beiden toten Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt

zu beweisen oder wird deren Täterschaft einfach als gegeben hingenommen?

- Versucht das Gericht zu klären, wie die beiden Uwes ums Leben kamen oder geht man selbstredend von Selbstmord aus?
- Klärt das Gericht den Widerspruch, daß Beate Zschäpe, trotz ihrer Nähe zu den beiden Uwes, an keinem einzigen der neun Morde beteiligt gewesen sein soll?
- Wird die Verbindung von Beate Zschäpe zum VS thematisiert?
- Werden Mitarbeiter (auch frühere) des VS zu Kontakten zur sog. "Zwickauer Zelle" unter Eid befragt?
- Werden die Umstände des Auftauchens der "Beweise" nach dem Tod der beiden Uwes untersucht?
- Versucht das Gericht den Widerspruch zwischen der lückenlosen Überwachung bzw. Steuerung der rechten Szene (insbesondere in Thüringen) und deren angebliches unentdecktes Agieren aufzulösen?

Mevlüt Kar, der Heilbronner Polizistinnenmord und die „Sauerland-Gruppe“

Nach Unterlagen des US-Militärgeheimdienstes DIA sollen BRD-„Verfassungsschützer“ in der Nähe gewesen sein, als in Heilbronn die Polizistin Michèle Kiesewetter ermordet wurde. Demnach observierte am 25. April 2007 eine Spezialeinheit des US-Militärgeheimdienstes, das sogenannte „SIT Stuttgart“ (Special Investigation Team), zwei Personen, die in einer Bank in der Innenstadt von Heilbronn „2,3 Mil. Euro“ einzahlten. An der Observation sollen laut US-Bericht zwei Verfassungsschützer aus Baden-Württemberg oder Bayern („LfV BW or Bavaria“) beteiligt gewesen sein. Nach Verlassen der Bank fuhren die beiden observierten Personen zur Theresienwiese. Dort wurde die Observation wegen eines „Zwischenfalls mit Schusswaffen“ abgebrochen, in den laut Protokoll auch ein Beamter aus Baden-Württemberg verwickelt war. Wörtlich heißt es in dem Protokoll der Amerikaner: „Shooting incident involving BW-OPS officer with right wing operatives and regular police patrol.“ Bei den Observierten handelte es sich um Mevlüt Kar und einen nicht näher

identifizierten Begleiter, die nach der Schießerei möglicherweise verletzt fliehen konnten. Der BRD-Türke Kar, im Dezember 1978 in Ludwigshafen geboren, ist in internationalen Islamistenkreisen unter seinem Kampfnamen Abu Obeida bekannt. Allerdings ist er für BRD-Behörden nicht greifbar: Mevlüt Kar steht offenbar unter dem Schutz des türkischen Geheimdienstes MIT (CIA DIA), für den er schon viele Jahre als V-Mann tätig ist. Nachdem man sich im NSU-Märchen auf eine Täterschaft der „Zwickauer Zelle“ geeinigt hat, kann der Fall jedoch geschlossen werden.

Mevlüt Kar spielt auch eine Schlüsselrolle in der sogenannten „Sauerland-Gruppe“, mit der das Szenario eines islamistischen Anschlags in der BRD gezeichnet wurde. Nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes hatte Kar 2007 Kontakt zu der Gruppe, die angeblich Terror-Anschläge auf US-Einrichtungen in Deutschland geplant haben soll. Mevlüt Kar beschaffte der Sauerland-Gruppe 26 Zünder für die geplanten Bomben. Wie beim NSU-Märchen zogen die Systemmedien im Zusammenspiel mit den „Ermittlungsbehörden“ die große Schau ab: Bei der Pressekonferenz des BKA im September 2007 waren im Blitzlichtgewitter große blaue Fässer präsentiert worden, in denen angeblich das Wasserstoffperoxid für die Bomben gelagert hatte. Doch störten sich offenbar nur ganz wenige Medienvertreter daran, daß die Behörden offen eingeräumten, die Gruppe über Monate komplett überwacht und abgehört zu haben. Die Fässer mit dem hochprozentigen Bombenstoff hatten Beamte sogar heimlich gegen ein gefahrloses Gemisch ausgetauscht. Weshalb haben dann die Ermittler nicht bereits weitaus früher zugegriffen?

Das Düsseldorfer Oberlandesgericht verhängte am 4. März 2010 langjährige Haftstrafen für die vier Angeklagten des „Sauerland-Prozess“ Fritz Gelowicz (29), Daniel Schneider (24), Adem Yilmaz (30) und Attila Selek (24), die ganz plötzlich ein Geständnis abgelegt und die Anklage in fast allen Punkten bestätigt hatten. Vermutlich erkaufte sie sich damit eine baldige Freilassung unter anderer Identität. Auch hier blieb die Schlüsselfigur Mevlüt Kar alias Abu Obeida unbehelligt. Wie im Fall Wiese 2003 und bei der „Zwickauer Zelle“ war man offenbar am Zustandekommen einer „terroristischen Bedrohung“ interessiert. Wo sitzen dann eigentlich die „Terroristen“ - hinter Gittern oder in den Ministerien?